

Presseschau 29.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol, , Agentur Kriminform

Ukraine allgemein / Russland:

1. Russland hat nach Worten von Außenminister Sergej Lawrow keine Pläne und kein Interesse, die Grenzen der Ukraine zu verletzen.

„Wir wollen nur, dass die Arbeit (an der Beilegung der Ukraine-Krise) von allen geführt wird“, sagte Lawrow am Samstag im russischen Fernsehen. „Wir wollen, dass die Willkür in der Ukraine, die der Westen... zu verschweigen versucht, gestoppt wird, dass sich der Westen seiner Verantwortung bewusst wird“, sagte der Minister in einer Stellungnahme zu westlichen Berichten über eine mögliche Eskalation an der russisch-ukrainischen Grenze.

Mit seiner Politik des Stillschweigens angesichts der Blockade Transnistriens durch Moldawien und die Ukraine schürt der Westen zusätzliche Spannungen um diese von Chisinau abtrünnige Region zwischen Moldawien und der Ukraine. Das sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Samstag im russischen Fernsehen.

Der Westen ignoriere das Geschehen um Transnistrien, gegen das Chisinau und die neuen Machthaber in Kiew im Grunde genommen eine Blockade verhängt hätten. „Mehr noch. Ich denke, dass die Europäische Union und die USA diesen Kurs unterstützen. Transnistrien sei ein ernsthaftes Gesprächsthema mit Moldawien, der Ukraine und dem Westen.

„Mit ihren empörenden Handlungen versuchen sie, Tiraspol in eine aussichtslose Situation zu versetzen. Dabei verstoßen sie gegen Verpflichtungen, die den Einwohnern von Transnistrien Freizügigkeit und ungehinderte ökonomische Aktivitäten ermöglichen sollen... Sie haben nichts aus der Geschichte gelernt und versuchen, unsere Beziehungen jetzt durch noch ein Geschwür zu belasten“, kritisierte Lawrow.

Transnistrien, wo 60 Prozent der Bürger Russen und Ukrainer sind, hatte noch vor dem Zerfall der Sowjetunion auf die Abspaltung von Moldawien hingearbeitet, weil die Bewohner einen Beitritt Moldawiens zu Rumänien befürchteten. Nach einem kurzen Krieg 1992 verlor Chisinau die Kontrolle über die abtrünnige Region gänzlich. Der brüchige Frieden in Transnistrien, das sich Dnestr-Republik nennt, wird von einer internationalen Streitmacht gewährleistet. Chisinau bietet Tiraspol eine weitgehende Autonomie im Staatsverband Moldawiens an. Tiraspol will aber, dass Transnistrien international als ein unabhängiger Staat anerkannt wird

- Der Chef der UDAR-Partei und Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko hat sich für die Nominierung einer einheitlichen Kandidatur von den „demokratischen Kräften“ bei den bevorstehenden Präsidentenwahlen ausgesprochen.

„Ich schlage vor, den Abgeordneten Pjotr Poroschenko, Eigentümer des Süßwarenkonzerns Roshen, zu nominieren“, sagte Klitschko am Samstag auf einem Kongress seiner Partei in Kiew. „Die einzige Chance zu gewinnen wäre die Aufstellung eines einheitlichen Kandidaten von den demokratischen Kräften... Das soll ein Kandidat werden, der von den meisten Bürgern unterstützt wird“, sagte Klitschko.

Er selber werde bei der Wahl des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Kiew kandidieren, die am gleichen Tag stattfindet, sagte Klitschko.

Kommentar Swetlana: Umfragen hatten in den letzten Tagen ergeben, dass der Milliardär Poroschenko die besten Chancen bei der Präsidentenwahl hat. Klitschko und Timoschenko

lagen weit dahinter. Klitschko zieht sich mit seinem Verzicht auf die Präsidentschaftskandidatur halbwegs elegant aus der Affäre, während Timoschenko ihre Kandidatur einreichte.

- Einzelne Länder werden es laut Russlands EU-Botschafter Wladimir Tschischow schwer haben, die bevorstehende Präsidentschaftswahl in der Ukraine als legitim anzuerkennen.
Es gebe bereits einen legitim gewählten Präsidenten der Ukraine - Viktor Janukowitsch. „Dieser Umstand wird jedes Land mit dem Problem konfrontieren, ob die für den 25. Mai geplante Wahl anerkannt werden soll oder nicht“, sagte Tschischow am Samstag dem TV-Sender France 24. „Es ist etwas merkwürdig, Präsidentschaftswahlen anzusetzen, da es einen legitimen Staatsoberhaupt schon gibt, der sich sogar wohl fühlt.“
Der Diplomat erinnerte an die ukrainische Verfassung, die nur vier Fälle der Entmachtung des Präsidenten vorsieht: Rücktritt, Tod, medizinisch festgestellte fehlende Handlungsfähigkeit und Amtsenthebungsverfahren. „In Janukowitschs Fall trat keiner dieser vier Umstände ein.“
Er sei sicher, dass Janukowitsch keine politische Zukunft mehr habe, fuhr Tschischow fort. „Ich werde mich nicht wundern, wenn Janukowitsch nicht in die Ukraine zurückkehrt. Aber im Moment bleibt er legitimer Präsident der Ukraine“, betonte der russische Diplomat.
- Die ultranationalistische ukrainische Freiheitspartei hat ihren Chef, Oleg Tjagnibok, als Kandidat für die Präsidentschaftswahl am 25. Mai nominiert. Die Entscheidung wurde am Samstag auf einem Kongress der Partei in Kiew getroffen, hieß es in der ukrainischen Hauptstadt.
- Auch der Führer des „Rechtssektors“ Jarosch gab seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl bekannt.
- Der Parteitag der „Partei der Regionen“ schloss Janukowitsch und einige Mitglieder seiner Regierung aus ihren Reihen aus.
- Russland wird seine Sanktionsliste nicht veröffentlichen. Bestimmte Personen, die nach Russland einreisen wollen, würden erst an der Grenze erfahren, dass sie auf der „Stopp-Liste“ stehen, hieß es aus Moskau.

Krim:

- Die Krimtataren haben am Samstag bei einer Volksversammlung in der Stadt Bachtchissarai eine nationale und territoriale Autonomie im Verband der Republik Krim gefordert. Das teilte der Vorsitzende des krimtatarischen Parlaments, Refat Tschubarow, am Samstag auf einer Pressekonferenz mit.
Ein krimtatarisches Referendum als Alternative zum Krim-Referendum vom 16. März werde es nicht geben. „Das Referendum wird erst durchgeführt, wenn es notwendig sein wird, die strikte Position des krimtatarischen Volkes zu erfahren“, sagte Tschubarow. Zuvor hatte die Leitung des krimtatarischen Parlaments auf dem Referendum bestanden.

Ostukraine:

- In Donzesk und Lugansk gingen auch an diesem Samstag wieder einige tausend Menschen auf die Straße und forderten regionale Referenden.